

Stadtparlament

Wortprotokoll

2. Sitzung der Legislatur 2019-2023

Dienstag, 25. Juni 2019, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Jakob Auer, SP/Grüne

Anwesend Stadtparlament: 27 Mitglieder

Entschuldigt: André Mägert, FDP/XMV
Fabio Telatin, SP/Grüne
Arturo Testa, CVP/EVP

Anwesend Stadtrat: Dominik Diezi, CVP
Dieter Feuerle, Grüne
Michael Hohermuth, FDP
Luzi Schmid, CVP
Jörg Zimmermann, XMV

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 2/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
- 2/2. Wahl der Mitglieder der Sozialhilfebehörde für die Legislaturperiode 2019-2023
- 2/3. Wahl der externen Revisionsstelle für die Jahre 2019 und 2020
- 2/4. Jahresbericht und -rechnung 2018
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 2/5. Interpellation Behindertengleichstellung im öffentlichen Raum von Jacob Auer, SP-
Gewerkschaften-Juso
Beantwortung
- 2/6. Fragerunde
- 2/7. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Geschätzte Parlamentarierinnen, geschätzte Parlamentarier, Vertreter der Medien, liebe Besucher, geschätzte Stadträte, geschätzter Herr Stadtpräsident Dominik Diezi, ich begrüße Sie alle zur heutigen Sitzung des Arboner Stadtparlaments. Die ersten warmen Sommertage haben uns im Griff. Die ersten grossartigen Veranstaltungen in Arbon haben stattgefunden. Der neugewählte Stadtrat mit Präsidium ist erstmals bei uns im Parlament. Wir haben erstmals eine Jahresrechnung mit einem grossen Gewinn. Es gäbe vieles zu vermelden, was heute erstmals ist, doch verbunden mit dem "erstmal" ist auch das dazugehörige Vertrauen. Vertrauen in die Veranstalter, Vertrauen in den Stadtrat, Vertrauen in die Finanzen und so weiter. Genau dieses Vertrauen ist es, was wir täglich entscheiden, wem wir es geben und wem nicht. Manchmal, wenn ich entscheiden muss, kommt mir das Beispiel in den Sinn mit dem Kind und dem Vater, dessen Haus brennt. Der Junge steht am Fenster und getraut sich vor lauter Rauch nicht zu springen und ruft: "Vater, ich sehe dich nicht." Der Vater antwortet: "Spring, mein Sohn, aber ich sehe dich." Mit diesen Worten eröffne ich die heutige Sitzung.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Präsident fest, dass 27 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Das absolute Mehr beträgt 14. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass unter dem Traktandum Mitteilungen nebst den Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro auch noch Mitteilungen der EBK und Mitteilungen der FGK erfolgen. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Es gibt keine Wortmeldungen. Die Traktandenliste ist mit meinen Ergänzungen stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Für die heutige Sitzung haben Sie folgende Unterlagen erhalten:

Mit ausserordentlichem Versand vom 8. April 2019:

- Jahresbericht und Jahresrechnung 2018

Mit Versand vom 28. Mai 2019:

- Wahl der externen Revisionsstelle für das Jahr 2019/2020, Botschaft des Stadtrats
- Jahresbericht, Jahresrechnung 2018, Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission
- Beantwortung der Interpellation "Behindertengleichstellung im öffentlichen Raum" von Jakob Auer, SP/Grüne

Mit Versand vom 12. Juni 2019:

- Wahl der Mitglieder in die Sozialhilfebehörde für die Legislatur 2019-2023, Botschaft des Stadtrats

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Das Protokoll der 28. Parlamentssitzung der Legislatur 2015-2019 und das 1. Protokoll der Parlamentssitzung dieser Legislatur sind genehmigt und im Internet aufgeschaltet.
- An Ihren Plätzen finden Sie ein Couvert, das Sie darauf hinweist und Sie einlädt zum Helfereinsatz für den Donschtigjass am 18. Juli 2019 in Arbon. Ich möchte Sie bitten, dies durchzuschauen und auf der zweiten Seite die Helferliste auszufüllen, damit dies ein gelungener Anlass in Arbon wird. Wenn Sie Schwein haben, kommen Sie noch ins Fernsehen, wie Sie einen Harass tragen.
- An der heutigen Sitzung sind keine parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission (EBK)

Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über die zu behandelnden Gesuche und gefassten Beschlüsse.

Ruth Erat, SP/Grüne, Präsidentin EBK: Die Einbürgerungskommission hat an ihrer Sitzung vom 11. Juni 2019 die folgenden Personen ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen:

- Ljeki Kaltrina, 2002, serbische Staatsangehörige
- Mustafi Hasije, 1998, nordmazedonische Staatsangehörige
- Redjepi Kurtishi Berna, 1997, nordmazedonische Staatsangehörige
- Schwarzbek Jürgen, 1966, Bürger von Egnach TG
- Schwarzbek Nick, 2002, Bürger von Egnach TG
- Schwarzbek Lara, 2005, Bürgerin von Egnach TG

Im Moment liegen insgesamt 22 Gesuche von 42 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden, davon sind 8 Gesuche zurückgestellt.

Mitteilungen aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission:

Gemäss Art. 10 des Geschäftsreglements hat die FGK Einsicht in Beschlüsse und abgeschlossene Geschäfte sowie deren Überprüfung, soweit sie dies für die Geschäftsprüfung als notwendig erachtet. Zu diesem Zweck hat die FGK zwei Subkommissionen gebildet, um darüber zu berichten.

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Subkommission Perspektive Thurgau: Im Rahmen einer Subkommission der FGK hatten Ruth Erat, Dominik Diezi und der Sprechende den Auftrag, die Kosten der Betreuungsangebote des Zweckverbands für Gesundheitsförderung, Prävention und Beratung (Perspektive Thurgau) im Vergleich zu den Kosten vor dem Anschluss an den Zweckverband ab 2012 zu prüfen. Die Kosten bewegen sich seit dem Anschluss an den Zweckverband auf konstantem Niveau, wie Sie aus der abgebildeten Grafik ersehen können. Die letzten beiden Jahre mit den Vorgängerangeboten schlugen höher zu Buche als die ersten beiden Jahre unter dem Zweckverband. Aus rückwirkender Betrachtung kann nicht abschliessend beurteilt werden, ob dies mit den Auflösungskosten oder den effektiv höheren Kosten begründet werden kann. Die Vorgängerangebote verwendeten ein Modell mit einem

Sockelbeitrag und einer Fallentschädigung. Je mehr Fälle, desto mehr musste die Stadt beisteuern. Während die Perspektive Thurgau, wie sich der Zweckverband nennt, mit einem Modell Franken pro Einwohner entschädigt wird. Die Kosten sind entsprechend stabiler.

Kurz nach dem Anschluss an die Perspektive 2014 wurden die Beträge an den Zweckverband für die Gesundheitsförderung von CHF 3 auf CHF 6 erhöht, die Beiträge für die Mütter- und Väterberatung konnten dagegen von CHF 6 auf CHF 4.50 gesenkt werden. Die Beträge für Paar-, Familien- und Jugendberatung blieben bei CHF 4.50 stabil. Für 2019 hat der Zweckverband keine Erhöhung beantragt. Die Zusammensetzung der Gebühren habe ich Ihnen ebenfalls auf der Folie abgebildet. Für 2019 sind für alle Beratungsangebote der Perspektive CHF 219'000 budgetiert. Aus Sicht unserer Subkommission ist das Thema damit erledigt. Die Kosten der Perspektive halten sich im erwarteten Rahmen, eine wesentliche Vergünstigung zu den Vorgängerorganisationen kann andererseits auch nicht attestiert werden.

Die Aufgabe der Subkommission war es, die Kostenentwicklung zu beurteilen. Es hat keine qualitative Beurteilung der Angebote stattgefunden. Für die Erarbeitung dieses Kurzberichts war keine Sitzung notwendig, Lukas Feierabend hat uns mit den nötigen Unterlagen postwendend bedient, herzlichen Dank an dieser Stelle an die Kommissionsmitglieder und an Lukas Feierabend.

Ruth Erat, SP/Grüne, Subkommission Saurer WerkZwei: Eine weitere Subkommission hat sich dem Saurer WerkZwei und den entsprechenden Verträgen zugewandt. Zur Kommission gehörten Luzi Schmid als Präsident, Rudolf Daepf, Cyrill Stadler und ich Ruth Erat. Die Subkommission hat unter der Leitung von Luzi Schmid nach einigen Sitzungen ein Papier ausgearbeitet, das der FGK vorgelegt worden ist, einen längerer Zwischenbericht verfasst von Luzi Schmid und am 13. Mai 2019 einen ausführlichen Schlussbericht. Im Befund der Subkommission zur Prüfung der Verträge und Kostenteiler stellten sich zwei Schwerpunkte heraus.

1. Zum ausgehandelten Kostenteiler zwischen Stadt und Saurer resp. HRS, dies anhand der entsprechenden Prüfung zur Hamel- und Giessereistrasse und zu den zugehörigen Vorgaben des Kantons und des Arboner Beitrags-, Gebühren- und Abgabereglements
2. Zur Rechtmässigkeit der Übernahme der gesamten Erschliessungskosten für das Parkband durch die Stadt

Zu Punkt 1: Für jede neue Strasse hat die Stadt Arbon hier mit dem privaten Eigentümer einen Rahmenvertrag und gemäss Gestaltungsplan Detailverträge vereinbart. Dies zunächst mit der Saurer Arbon AG, später nach der Genehmigung des abgeänderten Gestaltungsplans mit der HRS. Die Abklärungen haben ergeben, dass für die Strassen jeweils 4 Varianten ausgearbeitet und verglichen wurden. Auf der Basis einer nachvollziehbaren Abklärung der Gegebenheiten und der Abwägung von Kosten, Notwendigkeiten und Wünschbarkeiten wurde aus den 4 Varianten jene realisiert, die weder Unzumutbarkeiten wie zum Beispiel fehlende Fussgängerbereiche noch Unnötiges aufwies. Die anfängliche Prozentbeteiligung für die Hamelstrasse 30 % und für die Giessereistrasse 20 % der Erstellungskosten wurden in den Verträgen mit der HRS von 2014 und 2015 durch Pauschalbeträge ersetzt. Für die Hamelstrasse CHF 550'000, für die Giessereistrasse CHF 450'000. Obgleich für einen Teil der Kommission die Argumente für dieses Vorgehen plausibel sind, die besseren Verhandlungsmöglichkeiten privater Unternehmer, bleibt die Frage offen, ob dieser Weg für die Stadt

gewinnbringend war. Zwar sind die Hamel- und die Giessereistrasse erstellt, aber der Stadt liegen die Abrechnungen noch nicht vor. Die Subkommission konnte also nicht prüfen, ob die Pauschale für die Stadt tatsächlich ein Vorteil ist. Das bedauert sie. Feststellen konnte sie aber, dass das Thurgauer Amt für Raumplanung die prozentuale Kostenbeteiligung empfiehlt, aber auch die Pauschale zulässt. Das Arboner Beitrags-, Gebühren- und Abgabereglement gibt hingegen ausschliesslich Prozentregelungen vor. Hier empfiehlt die Subkommission eine Anpassung.

Zu Punkt 2: Bei der Beteiligung am Parkband blieb sich die Kommission uneins. Denn bei der Zuteilung dieser Fläche zu Strassen, Wege und Plätze sind die Erschliessungskosten gebundene Ausgaben. In diesem Fall hat die Stadt mit ihrer Beteiligung von CHF 3.5 Mio. rechtmässig gehandelt. Wird die Kategorisierung aber bestritten, das Parkband nicht dem Sektor Strassen, Wege und Plätze zugeordnet, muss von einer Kompetenzüberschreitung gesprochen werden.

2. Wahl der Mitglieder der Sozialhilfebehörde für die Legislaturperiode 2019-2023

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Gemäss Art. 48 Abs. 1 Ziff. 2 der Gemeindeordnung besteht die Sozialhilfebehörde aus 5 Mitgliedern, davon 2 Stadtratsmitgliedern als Präsident und Vizepräsident. Die Botschaft des Stadtrats mit den Wahlvorschlägen haben Sie erhalten. Von Amtes wegen nimmt der Präsident Stadtrat Michael Hohermuth, FDP/XMV und Vizepräsident Luzi Schmid, CVP/EVP in der Sozialhilfebehörde Einsitz sowie mit beratender Stimme Nadine Suhner, Leiterin Sozialamt. Da es sich um ein Fünfergremium handelt und die Stadträte von Amtes wegen in dieser Behörde sind, muss das Parlament drei zusätzliche Personen als Mitglieder wählen. Der Stadtrat schlägt Ihnen in seiner Botschaft folgende Nominierungen vor: Fabio Telatin, SP/Grüne (bisher), André Mägert, FDP/XMV (neu), Eva Kropf, SVP (neu).

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Aufgrund des ausführlichen Berichts, den wir abgegeben haben, verzichten wir auf eine weitere Wortmeldung.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Sind weitere Wortmeldungen zur Botschaft oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht?

Christoph Lehner, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion beantragt, aus ihren Reihen Reto Neuber für die Wahl in die Sozialhilfebehörde der Stadt Arbon in der Legislatur 2019-2023 zu unterstützen. Mir fällt die Ehre zuteil, Ihnen Reto kurz vorzustellen. Reto ist seit 2016 Mitglied des Arboner Stadtparlaments und war bis zum Ende der vergangenen Legislatur Mitglied des Parlamentsbüros. Er ist bereits seit dem jungen Alter von 18 Jahren in der Politik engagiert und daneben in einigen Vereinen aktiv. Darunter fallen elf Jahre Leitertätigkeit im Jugendsport, wo er mit allen gesellschaftlichen Schichten in Kontakt kam. Er ist aktuell Mitglied der GPK der Primarschule Arbon sowie Mitglied der Arbeitnehmervereinigung der FPT Motorenforschung AG. Ein kritischer Blick wie auch sozialverträgliches Handeln sind hier gefragt, was Reto Neuber zweifelsohne mitbringt. Gerade bei jungen Erwachsenen ist die nachhaltige berufliche Integration immens wichtig, um eine Dauerabhängigkeit von der Sozialhilfe zu vermeiden. Der CVP/EVP-Fraktion scheint auch eine Vertretung dieser Generation in der Sozialhilfebehörde angemessen. Aus diesen Gründen erachten wir Reto Neuber als

ideale Ergänzung dieser Behörde, und ich bedanke mich im Namen unserer Fraktion für die Unterstützung. Die Fraktion CVP/EVP beantragt, Reto Neuber für die Sozialhilfebehörde der Stadt Arbon zu unterstützen.

Lukas Graf, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne bedankt sich beim Stadtrat für die Botschaft zur Zusammensetzung der Sozialhilfebehörde. Mit der vorgeschlagenen Sitzverteilung sind wir allerdings nicht einverstanden und halten an unserer Nomination von Fabio Telatin als ersten und Jakob Auer als zweiten Kandidaten fest. Zwar stimmt es, dass die Fraktion FDP/XMV bei den Parlamentswahlen einige Stimmen mehr gemacht hat als unsere Fraktion. Daraus aber abzuleiten, sie hätte Anrecht auf zwei Sitze inklusive Präsidium und wir nur auf einen, ist absurd. Das Präsidium des Stadtrats wiegt deutlich stärker als ein normaler Sitz in dieser Behörde. FDP/XMV hätte also quasi drei Mal so viel Gewicht wie SP/Grüne, und das bei einem Stimmenplus von knapp 5 % bei den Parlamentswahlen. Das klingt nicht logisch. Viel vernünftiger wäre es, wenn die Fraktion, welche den Stadtrat als Präsidenten stellt, wie in den letzten zehn Jahren keinen zusätzlichen Sitz in der Sozialhilfebehörde hätte. So wurde das anfänglich abgemacht und so konnte es bis jetzt auch immer gelöst werden. Wie Fabio Telatin hat auch Jakob Auer schon sehr viel Erfahrung in der Sozialhilfebehörde. Beide haben mitgeholfen, die neuen Sozialhilferichtlinien auszuarbeiten und sollten nun bei deren Einführung und Anwendung ebenfalls dabei sein. Überhaupt täte dieser Behörde etwas Kontinuität in der personellen Besetzung aktuell sicherlich gut. Es ist nicht von Vorteil, sämtliche Positionen mit Neulingen zu besetzen. Dass nun Jakob Auer quasi dafür bestraft werden soll, dass er für die SVP in die Bresche gesprungen ist und das Parlamentspräsidium übernommen hat, ist nicht fair. Seine Präsidialzeit dauert ein Jahr, während er in der Sozialhilfebehörde für die ganze Legislatur gewählt ist. Die beiden Ämter haben zudem keinerlei kritische Berührungspunkte. Insofern wäre es auch aus Sicht der SVP angebracht, heute nebst Fabio Telatin auch Jakob Auer zu wählen. Ich bitte Sie, sowohl Fabio Telatin als auch Jakob Auer wieder in die Sozialhilfebehörde zu wählen und damit einen besseren Know-how-Transfer von der vergangenen in die aktuelle Legislatur zu gewährleisten.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen die neue Zusammensetzung der Sozialhilfebehörde gemäss Empfehlung des Stadtrats vor. Es ist ein ausgewogener Vorschlag und berücksichtigt alle Partner. Mit Eva Kropf schlagen wir Ihnen eine tüchtige, zuverlässige und besonnene Frau vor, die nicht im Stadtparlament ist und demzufolge unbelastet ihre Sichtweise in die Sozialhilfebehörde einbringen kann. Eva Kropf hat Jahrgang 1963, sie ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Nebst ihrer kaufmännischen Grund- und Weiterbildung ist sie heute als Immobilienbewirtschafterin mit der eigenen Firma ERK Immobilien tätig. Ich habe euch den beachtlichen Lebenslauf von Eva Kropf bereits zugestellt und auch ihr Motivationsschreiben. Gern lese ich nochmal einige Passagen daraus vor:

"Gerade als Mutter, Haus- und Geschäftsfrau und auch durch meine Lebenserfahrungen interessiert mich dieses Amt speziell und ich bin der Überzeugung, dass gerade ich als Frau in diesem Gremium sehr gut meine Tätigkeit, Gedanken und Voten einbringen kann. Auch durch meine berufliche Tätigkeit als Liegenschaftsbewirtschafterin bin ich täglich mit Leuten aus allen Schichten mit verschiedenen Problemen konfrontiert. Diese Erfahrungen kann ich bereichernd in die Arbeiten der Sozialhilfebehörde einfließen lassen. Auch Erfahrungen mit Anwälten und der KESB kann ich unterstützend einbringen. Gerade in den letzten Tagen wurde überall wegen der Frauenquote gerufen. Umso mehr bin ich der Überzeugung, dass ich mich nicht nur als Frau, sondern auch mit meinen fachlichen Kompetenzen und Erfah-

rungen in einer bestehenden Männerbehörde einbringen kann." So die Worte von Eva Kropf in ihrem Schreiben.

Sie sehen, ich bin nicht umsonst so begeistert. Ich bitte Sie, Eva Kropf in die Sozialhilfebehörde aufzunehmen. Sie ist auch anwesend und ich bitte sie, kurz aufzustehen. Danke. Ihnen danke ich für die Unterstützung der Wahl.

Max Gimmel, FDP/XMV: Die Sozialhilfebehörde beurteilt die Zweckmässigkeit und die Gesetzeskonformität der Anträge auf Sozialhilfe, überwacht die Klientenbetreuung und kontrolliert die Fallführung. Wahrlich eine grosse Aufgabe. Vor vier Jahren habe ich an gleicher Stelle zu den Wahlen in diese Behörde gesagt, man könnte sich auch einmal Gedanken machen, ob die Sozialhilfebehörde nicht angesichts der heutigen Situation in dieser Grösse anders angepasst werden, also vielleicht vergrössert werden müsste. Für die Schiesskommission braucht es acht Mitglieder, für die Grünkommission auch, bei der Sozialhilfebehörde reichen nebst dem Ressortleiter und seinem Stellvertreter, die von Amtes wegen Einsitz nehmen, deren drei, um diese sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen, die eine grosse finanzielle Tragweite hat. Gleich drei Fraktionen erheben nun den Anspruch auf eine doppelte Besetzung in der Sozialhilfebehörde. Bis anhin war die Doppelbesetzung, wie wir gehört haben, der SP vorbehalten. Sie war bis zu den Wahlen im vergangenen Februar auch wählerstärkste Fraktion. Das hat sich nun verschoben und sollte unserer Ansicht nach trotzdem bei der bevorstehenden Abstimmung berücksichtigt werden. Dass FDP/XMV in der laufenden Legislatur die wählerstärkste Fraktion ist, würde uns aber allein nicht genügen, um einen zweiten Sitz in der Behörde zu beanspruchen. Vielmehr geht es uns um die Person, die sich von Anfang an für dieses Amt sehr interessierte, um unser Fraktionsmitglied André Mägert. Zwei Masterabschlüsse in Chemie und Wirtschaft bilden die Grundlage für seine heutige Tätigkeit als Unternehmensberater und Verkaufsleiter in einer internationalen IT-Firma. Dazu braucht es aber auch Menschenkenntnisse, die man im Studium allein ja nicht erlangen kann und vor allem einen gesunden Menschenverstand. Andrés bisherige Tätigkeiten im In- und Ausland in verschiedenen Funktionen unterstreichen seine vielfältigen Interessen. Arbon liegt ihm sehr am Herzen, weshalb er sich in den unterschiedlichsten Kreisen engagiert. Bei der Seerettung, im Quartierverein Altstadt, als Präsident der IG Wetterstation, aber auch als Organisator der Fasnacht, was ja auch nicht unbedeutend ist. Dabei ist ihm der offene Zugang zu den Mitmenschen und Mitbewohnern in Arbon sehr wichtig. In seinem Motivationsschreiben zur Bewerbung in diese Behörde schreibt er: "Nebst einer konstanten, fairen und fallgerechten Anwendung der gültigen Richtlinien ist mir das Fingerspitzengefühl und der gesunde Menschenverstand bei Härtefällen wichtig. Grundsätzlich steht für mich das Prinzip von Leistung und Gegenleistung im Mittelpunkt sowie die Integrationsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt, wenn immer möglich." Wir sind überzeugt, André Mägert macht einen guten Job in der Sozialhilfebehörde und wir empfehlen ihn zur Wahl sowie die anderen zwei Kandidatinnen und Kandidaten, die vom Stadtrat vorgeschlagen wurden.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Folgende Nominationen stehen zur Wahl: Jakob Auer, SP, Fabio Telatin, SP, André Mägert, XMV, Reto Neuber, CVP und Eva Kropf, SVP. Gemäss Art. 57 Abs. 1 erfolgen die Wahlen grundsätzlich geheim, insbesondere bei der vorliegenden Wahl, da mehr Personen vorgeschlagen sind, als Sitze zu vergeben sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass jeder Name nur einmal aufgeführt werden darf. Gemäss Art. 56 Abs. 1 entscheidet im ersten Wahlgang das absolute Mehr der gültigen Stimmen. Im 2. Wahlgang ent-

scheidet gemäss Art. 56 Abs. 1 das relative Mehr. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Abstimmung

1. Wahlgang

Stimmen haben erhalten und gewählt sind:

Fabio Telatin	23
Jakob Auer	14

Nicht gewählt wurden:

Eva Kropf	13
André Mägert	12
Reto Neuber	10

2. Wahlgang

Stimmen haben erhalten:

Eva Kropf	9
Reto Neuber	9
André Mägert	8

Gemäss Art. 56 Abs. 2 entscheidet im 2. Wahlgang bei Stimmengleichheit das Los. Im Wahlbüro wurde entschieden, dass der 1. Stimmenzähler, Peter Künzi das Los zieht.

Als Mitglieder der Sozialhilfebehörde für die Legislaturperiode 2019-2023 gewählt sind Michael Hohermuth, FDP (Vorsitz), Luzi Schmid, CVP (Stellvertreter) vom Stadtrat, Fabio Telatin, SP, Jakob Auer, SP und Reto Neuber, CVP.

3. Wahl der externen Revisionsstelle für die Jahre 2019 und 2020

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Gemäss Art. 31 Ziff. 7 der Gemeindeordnung obliegt die Wahl der externen Revisionsstelle dem Stadtparlament. Die Botschaft des Stadtrats haben Sie für die heutige Sitzung erhalten. Gestützt auf Art. 52 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon empfiehlt Ihnen der Stadtrat, die BDO AG, St. Gallen für die Rechnungsjahre 2019 und 2020 als externe Revisionsstelle der Stadt Arbon zu wählen. Gibt es Wortmeldungen vonseiten des Parlaments?

Abstimmung

Die BDO AG wird einstimmig als externe Revisionsstelle für die Jahre 2019 und 2020 gewählt.

4. Jahresbericht und Jahresrechnung 2018

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Der Stadtrat hat am 1. April 2019 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018 zuhanden des Parlaments verabschiedet. Darin stellt der Stadtrat folgende Anträge:

Der Jahresbericht 2018 sei zu genehmigen.

Die Jahresrechnung 2018, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung sei zu genehmigen.

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung 2018 von CHF 4'635'571.06 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt Ihnen einstimmig, die Anträge des Stadtrats vom 1. April 2019 zu genehmigen.

Eintreten ist obligatorisch.

Lukas Graf, SP/Grüne, ehemaliger Präsident der FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018 geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Dieser Bericht wurde Ihnen mit dem Versand vom 28. Mai 2019 zugestellt. Wie immer gehe ich davon aus, dass Sie den Bericht gelesen haben und werde mich daher nun auf das Wichtigste beschränken.

Zuerst ein Wort zum Jahresbericht: Dieser ist nach Ansicht der FGK sehr aufschlussreich und erfüllt das Bedürfnis nach umfassender, übersichtlich dargestellter Informationen. In diesem Jahr wurde er zudem mit einem Legislaturrückblick zu jedem Ressort ergänzt. Die Fragen, welche die FGK dem Stadtrat zum Jahresbericht stellte, sowie die entsprechenden Antworten sind im FGK-Bericht auf den Seiten 4-7 zu finden.

Die Jahresrechnung weist einen erfreulichen Ertragsüberschuss von CHF 4'635'571 aus. Damit schliesst die Rechnung in völlig anderen Sphären ab, als dies beim mehrstufigen Budgetprozess erwartet werden konnte. Budgetiert war lediglich ein Überschuss von CHF 17'600, und dies auch erst nachdem das ursprünglich stark defizitäre Budget von der FGK an den Stadtrat zurückgewiesen wurde und anschliessend der Kanton ankündigte, sich in höherem Mass an den Soziallasten in Arbon zu beteiligen. Der hohe Gewinn ist knapp zur Hälfte das Resultat von ausserordentlichen Erträgen. Dazu gehören Einnahmen aus Landverkäufen, ausserordentliche Nachzahlungen von juristischen Personen, hohe Werte bei den erfahrungsgemäss volatilen Grundstückgewinnsteuern sowie in geringem Masss auch buchhalterische Effekte durch die Anpassung von Rückstellungen für Personalkosten und Steuerdebitoren.

Was die Steuererträge aus früheren Jahren bei den juristischen Personen betrifft, möchte ich an dieser Stelle noch eine Berichtigung vornehmen. Entgegen der Aussage im FGK-Bericht sowie im Jahresbericht und der Rechnung ist nicht die ganze Differenz zum Budget in der Höhe von CHF 1.1 Mio. auf die Nachzahlung eines einzelnen Unternehmens zurückzuführen.

ren. Ein einzelnes Unternehmen hat eine Nachzahlung von CHF 500'000 getätigt. Die restlichen CHF 600'000 verteilen sich auf zahlreiche weitere Firmen. Dies wurde uns erst nach Verabschiedung des FGK-Berichts mitgeteilt. Insofern können auch nicht die ganzen CHF 1.1 Mio. als Einmaleffekt betrachtet werden, auch wenn die Einnahmen der juristischen Personen jeweils starken Schwankungen unterliegen.

Mindestens zur Hälfte ist der hohe Gewinn in der Rechnung allerdings auch das Ergebnis der mehrjährigen Sparbemühungen des Stadtrats und der getroffenen Massnahmen zur Verbesserung der Ertragssituation. Dabei geht es auch, aber nicht nur um den zusätzlichen Lastenausgleich. Denn auch ohne diesen Mehrertrag sind die Nettokosten im Bereich gesetzliche wirtschaftliche Hilfe um mehr als CHF 600'000 tiefer als im Vorjahr. Auch im Asylbereich sowie bei diversen weiteren Bereichen liegt der Nettoaufwand unter Budget. Zudem verzeichnen viele Ertragspositionen wie der Hafen, der Campingplatz oder das Strandbadrestaurant Rekordergebnisse. Mit Ausnahme der Bereiche 2 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Gesundheit, Volkswirtschaft und in ganz geringem Ausmass auch Kultur, Sport und Freizeit liegen die Nettoaufwände in allen Hauptbereichen unter Budget.

Mit dem getätigten Investitionsvolumen von CHF 3'990'105 lag der Stadtrat so nahe am budgetierten Wert wie noch nie. Wie jedes Jahr gab es dennoch Verschiebungen aufgrund des Fortschritts von Bauprojekten sowie Unvorhergesehenes, das per Nachtragskredit bewilligt wurde. Das Volumen selbst ist als gering einzustufen, was sich auch im Investitionsanteil von lediglich 9.2 % widerspiegelt.

Die FGK ist erfreut, dass nach fünf Folgejahren mit negativen Rechnungsabschlüssen nun ein so deutlicher Gewinn resultiert. Dass dieser auch unter Ausklammerung der Einmaleffekte noch über CHF 2 Mio. beträgt, ist ein positives, ermutigendes Signal für die Zukunft. Dies, so habe ich mir sagen lassen, bestätigt auch das Ergebnis des 1. Quartals 2019. Freude und Optimismus sind angebracht, überschwängliche Euphorie hingegen nicht. Die Verschuldung bleibt hoch und die Herausforderungen, beispielsweise bei den Gesundheitskosten, bleiben gross.

Auch in diesem Jahr durfte ich im März als FGK-Vertreter an der Schlussbesprechung der Rechnungsprüfungskommission teilnehmen. Die RPK empfiehlt, die Jahresrechnungen zu genehmigen und weist wiederum auf die kompetente Führung des Finanz- und Rechnungswesens und die konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hin.

Bezüglich der im FGK-Bericht erwähnten Thematik der Abrechnung von Lohnkomponenten des Stadtrats möchte ich hier etwas klarstellen. Die geplante Subkommission wird sich nicht mit den Lohnkomponenten an sich beschäftigen, wie dies in einem entsprechenden Zeitungsbericht zu lesen war, sondern lediglich mit den reglementarischen Grundlagen. Es geht also nicht um die Höhe von Sitzungsgeldern, sondern darum, dass ein Reglement besteht, das definiert, welche Leistungen separat abgerechnet werden können und welche im Salär der Stadträte inbegriffen sind.

Ein weiterer Input der RPK betrifft die Bildung einer Wertschwankungsreserve für die jährliche Neubewertung der Finanzanlagen. Die entsprechende Botschaft mit dem Reglement zur Handhabung dieser Reserve liegt Ihnen inzwischen vor. Und wer die Zahlen mit denen im FGK-Bericht verglichen hat, wird die Unterschiede bemerkt haben. Die FGK hat sich auf die

Zahlen der RPK gestützt, welche wiederum auf den Steuerwerten per Ende 2016 basierten. In der Botschaft wird der Wert der Beteiligungen an der AGV Liegenschaften AG und der Arbon Energie AG per Ende 2017 ausgewiesen. Dieser ist wiederum deutlich höher, wodurch die neue Reserve nun CHF 9'318'500 beträgt, also mehr als doppelt so viel wie im FGK-Bericht behauptet. Diese Reserve ist in der aktuellen Bilanz noch nicht berücksichtigt.

Nebst Budget und Rechnung hat die FGK im Berichtsjahr auch noch die Botschaften zur Beteiligung an den Mehrkosten der Dreifachsporthalle sowie zum Betriebsbeitrag an das EZO beraten und dem Parlament Bericht erstattet. Über zwei weitere Pendenzen aus dem internen Prüfplan wurden Sie vorhin direkt von der Subkommission informiert. Weitere Geschäfte bleiben pendent und werden von der neuen FGK weiterverfolgt.

Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018 bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung zu genehmigen sowie den Ertragsüberschuss dem Eigenkapital gutzuschreiben. Ich werde in der Detailberatung auf keine weiteren Punkte eingehen, möchte aber die Gelegenheit nutzen, dem abgetretenen Stadtrat, der Verwaltung und sämtlichen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich in den vergangenen sechseinhalb Jahren zusammenarbeiten durfte, herzlich zu danken. In meiner Präsidialzeit haben wir nebst zahlreichen Einzelgeschäften sieben Rechnungen und sieben Budgets beraten, davon zwei Budgets doppelt. Es war eine spannende, manchmal anstrengende und auf jeden Fall lehrreiche Zeit. Es bleibt zu hoffen, dass wir in diesen Jahren für lange Zeit die dunkelste Phase der Arboner Finanzen begleiten konnten. Nun ist es Zeit für einen Wechsel und ich bin froh, die FGK mit Cyrill Stadler in sehr kompetente und erfahrene Hände übergeben zu können. Ich wünsche dir, lieber Cyrill viel Freude und Energie bei deiner Tätigkeit als FGK-Präsident und freue mich, weiterhin Mitglied dieser Kommission zu sein.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Besten Dank, Lukas Graf. Ich denke, auch im Namen des Parlaments gehört dir ein gebührender Dank für dein unermüdliches Engagement in den letzten Jahren als Präsident der FGK.

Myrta Lehmann, CVP/EVP: Es ist erfreulich, dass beim Studium des Jahresberichts, der Jahresrechnung auch des FGK-Berichts eines positiv heraussticht. Es scheint, dass die Stadt Arbon die Kurve nun endlich gekriegt hat. Die Sparübungen des Stadtrats und die langen Diskussionen des Stadtparlaments beim Budget haben endlich Früchte getragen. Auch wenn wir die ausserordentlichen Erträge beiseite nehmen, resultiert doch noch ein respektable Gewinn. Dies möchten wir dem alten Stadtrat verdanken und sind erfreut, dass der neue Stadtrat seine Arbeit ohne den Druck einer weiteren roten Null oder gar eines Defizits antreten kann. Dies entbindet uns, das Parlament und auch die Stadträte aber nicht, die Finanzen weiter im Auge zu behalten und alles Mögliche dafür zu tun, diesen Trend so aufrechtzuerhalten. Nun wieder aus dem Vollen zu schöpfen, ist sicher kein Gangbarer Weg. Die CVP/EVP-Fraktion wird keine Fragen oder Bemerkungen in der Detailberatung anbringen. Hier ist der FGK für ihren Bericht, der diverse Punkte nachgefragt hat, zu danken. Das einzig etwas Störende sind die diversen Nachtragskredite, die sicherlich mit Blick auf die guten Zahlen der Rechnung durch den alten Stadtrat genehmigt wurden. Hier wäre eine zurückhaltende Genehmigungspolitik dennoch angebracht gewesen. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt daher die Anträge des Stadtrats vollumfänglich.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Im Namen der Fraktion FDP/XMV bedanke ich mich beim Stadtrat der Legislatur 2015-2019, der für die Rechnung verantwortlich war, für die Zusammenarbeit mit dem Parlament und mit der FGK. Verschiedentlich wurde schon erwähnt, die Rechnung 2018 sei nur wegen der ausserordentlichen Effekte als positiv zu betrachten. Würde man diese bereinigen, so wäre die Rechnung negativ. Da sind wir diametral anderer Ansicht und wir sind der Meinung, die Rechnung sei zu würdigen und den Verantwortlichen für die geleisteten Verbesserungen im Finanzhaushalt der Stadt den Dank auszusprechen. Grundlage zur Beurteilung des Erfolgs ist für uns in erster Linie das zugrundeliegende Budget, welches von den Stimmbürger/innen gutgeheissen wurde. Nimmt man dieses bei der erwähnten Würdigung als Grundlage, kann festgehalten werden, dass viele ordentliche Budgetposten besser eingetreten sind als budgetiert. Wir halten im Überblick fest: Allgemeine Verwaltung 8 % besser als im Budget, Soziale Wohlfahrt 19.4 % besser als im Budget, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 18.6 % besser als im Budget, Umweltschutz und Raumordnung 7.2 % besser als im Budget, Finanzen und Steuern 10.16 % besser als im Budget. Klar, nicht alles ist Eigenleistung, es sind auch externe Einflüsse ins gute Ergebnis miteingepflegt. Es ist mit der Rechnung 2018 aber ein Schritt vorwärtsgegangen mit Arbon, die Stadtfinanzen sind wieder auf dem richtigen Weg, der aber noch lang ist.

Wir sehen noch Verbesserungspotenzial und wir sind gespannt, wie der neue Stadtrat die angefangene Arbeit vorantreiben wird. Einen grossen Bedarf sehen wir bei der Betreuung und Akquisition von Unternehmungen, die in Arbon angesiedelt sind oder noch angesiedelt werden könnten. Hier besteht Handlungsbedarf. Verschiedene Industriebetriebe ziehen davon, weil in Arbon geeignete Landflächen fehlen. Praktisch alle Kennzahlen, welche im Vergleich von Jahresrechnungen der Gemeinden herangezogen werden könnten, haben sich verbessert. Das ist erfreulich, die Stadt hat aber immer noch eine hohe Schuldenlast. Der Bruttoverschuldungsgrad liegt immer noch bei 134.9 %. Das bedeutet, dass die Einnahmen der Stadt 1.34 Mal höher sein müssten, um die Bruttoschulden tilgen zu können. Unterdurchschnittlich ist noch immer die Steuerkraft pro Einwohner. Hier liegen wir hinter dem kantonalen Durchschnitt. Wir sind auch hier gespannt auf die Konzepte der neuen Regierung, wie wir hier eine Verbesserung in der langen Sicht erreichen können. Ich bin der festen Überzeugung, das Glas mit dieser Rechnung für Arbon ist nun halb voll und nicht halb leer. Die Fraktion FDP/XMV ist, das ist obligatorisch, für Eintreten.

Ruth Erat, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne ist natürlich erfreut. Nach all den Jahren finanzieller Negativentwicklungen tragen unsere gemeinsamen Anstrengungen Früchte. Der uns zustehende Lastenausgleich, notabene die Entschädigung für unsere konkrete Übernahme gesellschaftlicher und sozialer Verantwortung, ist zwar noch nicht endgültig etabliert, aber mit der kantonalen Beteiligung 2018 von 50 % an den überdurchschnittlichen Sozialhilfekosten haben wir eine noch bessere finanzielle Situation erreicht, als im Januar 2018 von der FGK gefordert wurde. Dass wir das nicht nur durch besondere Umstände und externe Faktoren erreicht haben, zeigt der FGK-Bericht deutlich. Cyrill Stadler hat das gewürdigt und zudem die Zahlen genannt. Das schafft Zuversicht und zeigt, wenn Arbons Rechnung auf einem fairen Ausgleichssystem basiert, dürfen wir aus guten Gründen, nicht einfach nur aus Zweckoptimismus positiv in die Zukunft sehen. Ermutigend ist, wir haben das Wort vom FGK-Präsidenten gehört, gewiss der passende Ausdruck. Dass die Investitionen endlich einmal ungefähr die Budgethöhe erreicht haben, demonstriert zusätzlich, wie realistisch wir derzeit unterwegs sind. Klar muss aber sein, unsere Investitionen laufen, vergleicht man mit den Vorjahren, auf Sparflamme. Das kann so nicht weitergehen. Am Seeufer bröckelt es.

Das Titelblatt der Rechnung spricht Klartext, wenn auch nur ganz unten auf dem Bild. Dennoch muss uns dieses Foto zu denken geben. Hier wünschen wir uns aber auch Vergleichszahlen, denn nur eine Sicht auf andere, ähnliche urbane Situationen mit ihren Bau- und Infrastrukturaufgaben etc. kann uns vor einer kurzsichtigen Investitionspolitik bewahren, beispielsweise vor blinder Sparwut, mit der wir nichts für die Zukunft von Arbon erreichen. Und natürlich gibt es auch zu tun. Die Gesundheitskosten steigen, wir haben auch das gehört. Die demografische Entwicklung, die im städtischen Bereich besonders ausgeprägt ist, gehört mit zu den Kostentreibern. Eine umsichtige Entwicklung der Quartiere und der Wohnüberbauungen könnte hier entlastend wirken. Leider lesen wir derzeit – oder noch – nichts von einer Arboner Politik, die sich im Umfeld der Baueuphorie oder auch Bauwut für ein generationenübergreifendes Wohnen mit familienfreundlichen Situationen starkmacht. Schade. Denn neben einer attraktiven Schule sind es die Wohnformen, die für eine durchmischte Bevölkerung sorgen, in der auch die Gesundheitskosten für Ältere getragen werden können, weil sich eine nachwachsende Generation wohlfühlt. Gehört das nicht auch zu einem kinderfreundlichen UNICEF-Label Arbon? Und zudem wollten wir als Energiestadt vor nicht allzu langer Zeit Gold erreichen. Dazu fehlt im Bericht ein Hinweis. Ebenso zur Planung und Umsetzung der Förderung von Biodiversität. Gab es da nicht in den legendären Endlosbudgets aus den finsternen Zeiten in der vergangenen Legislatur markige Worte? Es ist klar, wir vermissen Bereiche, aber insgesamt ist dieser mit seinen Grafiken gut lesbar und der Rechnungsabschluss, dies auch ohne einmalige Einnahmen sehr gut. Die Anstrengungen tragen Früchte. Die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten und dankt den Verantwortlichen, insbesondere auch dem ehemaligen Stadtrat für die umsichtige Arbeit.

Roland Schöni, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Stadtrat und der Stadtverwaltung für die Vorlage des ausführlichen Jahresberichts und der Jahresrechnung. Der Abschluss ist erfreulich. Wir haben den ausgetretenen Pfad der jahrelangen Defizite in Millionenhöhe verlassen und beschreiten einen neuen Weg. Der grosse Ertragsüberschuss von mehr als CHF 4.6 Mio. muss allerdings in seiner Relation betrachtet werden, indem mehr als die Hälfte ausserordentlichen und einmaligen Erträgen wie Landverkäufen, höheren Steuereinnahmen bei den juristischen Personen und höheren Grundstückgewinnsteuern zu verdanken ist. Zudem auch dem massiv erhöhten Lastenausgleich und weiteren Faktoren. Dass dieser erfreuliche Gewinn das Resultat von mehrjährigen Sparbemühungen des alten Stadtrats ist, stimmt nach unserer Meinung schlichtweg nicht. Die FGK und das Parlament waren es, die in einem mutigen Schritt das erste Budget 2018 zurückgewiesen haben und auch der Kanton klare Vorgaben machte. Dann allerdings machte der Stadtrat eine Mammutleistung und stutzte die Zahlen auf das Notwendige herunter. Was früher unmöglich war, ging plötzlich. Das war wirklich eine gute Leistung des alten Stadtrats. Wir hoffen, dass der neue Stadtrat diesen Sparkurs nun weiterführt, zumal es interessanter ist zu sparen, wenn man etwas auf der hohen Kante hat und es nicht in negativen Abschlüssen untergeht. Arbon hat ein grosses Entwicklungspotenzial vor sich und grosse Projekte sind angerissen. Wir hatten schon mehrere Aufbruchstimmungen, aber diesmal muss es klappen. Wir sind gespannt auf den künftigen Legislaturplan, was in den nächsten vier Jahren alles passiert, was schlussendlich umgesetzt, nicht angefangen oder stehengelassen wird. Ein kontinuierlicher Schuldenabbau, Soziallasten auf dem kantonalen Durchschnitt bringen, zwei oder drei Prozente mit den Steuern herunter, nicht mehr Schlusslicht sein, den Fokus auf zentrale Themen richten, um nur einige wenige Punkte zu nennen. Auf den neuen Stadtrat wartet viel Arbeit. Die SVP befürwortet trotz einiger Kritik die Anträge des Stadtrats einstimmig, wird aber in der

Detailberatung einige Verständnisfragen stellen. Wir sind für Eintreten, welches auch obligatorisch ist.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Für den neuen Stadtrat ist die Situation heute ein bisschen speziell. Er kommt ja zu dieser Rechnung buchstäblich wie die Jungfrau zum Kind. Wir haben dazu natürlich noch absolut nichts beigetragen, das ist noch in der vollen Verantwortung des alten Stadtrats erfolgt. Zum anderen steht nach der formellen Konstituierung sozusagen noch die materielle aus. Der neue Stadtrat wird jetzt zuerst zu beraten haben, wo er die Pflöcke einschlagen will, wo er die Prioritäten setzen will, dies eben im Rahmen der bereits angesprochenen Legislaturziele. Ich werde mich deshalb sehr kurzfassen. Der neue Stadtrat ist natürlich sehr glücklich über dieses schöne Ergebnis und dankt dem alten Stadtrat für dessen Bemühungen. Er dankt auch der Verwaltung, die wirklich ein Kostenbewusstsein an den Tag gelegt und damit dazu beigetragen hat, dass erstmals seit längerer Zeit wieder ein deutlicher Überschuss resultieren konnte. Wie gesagt, die Freude ist gross. Das erleichtert natürlich dem neuen Stadtrat den Start, aber der neue Stadtrat ist sich auch bewusst, dass die Herausforderungen gross sind und bleiben werden. Der Budgetprozess ist ja bereits angelaufen und einfach vielleicht als Beispiel, wie halt die Herausforderungen in Arbon sind, wenn Ziel ist, dass sich die Stadt nicht weiter verschuldet, müssen die Investitionen aus den selbst erarbeiteten Mitteln und dem Überschuss finanziert werden. Und wenn wir leider davon ausgehen, dass wir vielleicht irgendwo zwischen CHF 4 und 5 Mio. brauchen, um die Infrastruktur wie Strassen, Gebäude, andere Anlagen einigermaßen instandzuhalten, dann bedeutet das, dass wir nebst den selbst erarbeiteten Mitteln vom CHF 2.5 Mio. noch CHF 2 Mio. Gewinn machen müssen, nur um einfach die laufenden Investitionen zur Substanzerhaltung aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Aber es stehen natürlich noch andere Vorhaben an, die über diese CHF 4.5 Mio. hinausgehen. Da sehen Sie, in welcher Situation die Stadt sich befindet. Für Übermut besteht wahrlich kein Grund. Der Stadtrat wird gefordert sein, aber wir sind natürlich auch dankbar für Ideen, ob diese nun von Ihnen aus dem Parlament kommen oder aus der Bevölkerung. Wie gesagt, der Stadtrat wird sich im Rahmen der Gespräche über die Legislaturziele natürlich einlässlich mit diesen Fragen beschäftigen, wo Möglichkeiten bestehen, entweder die Einnahmen zu verbessern oder die Ausgaben zu optimieren.

Ich komme zum Schluss. Wir haben sehr gern Kenntnis genommen von diesem sehr guten Abschluss 2018, danken allen, die dazu beigetragen haben, sind uns aber bewusst, dass wir als neuer Stadtrat gefordert sein werden und zählen dabei auch auf Ihren Support.

Materielle Beratung

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Bitte nehmen Sie dazu den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2018 zur Hand. Wir werden zuerst über den Bericht beraten und direkt danach über den Jahresbericht 2018 abstimmen, bevor wir zur Jahresrechnung kommen. Wir beraten den Bericht ressortweise.

Ressort Präsidium Seiten 12 – 19

Daniel Aerne, FDP/XMV: Bei der Durchsicht des Rechnungsdossiers des Jahresberichts ist mir das Kapitel Wirtschaftspolitik aufgefallen. Wie es dort geschildert wird und ebenfalls bei der Beantwortung der Frage der FGK zu sein scheint, ist da alles im grünen Bereich. Ich ha-

be zur Kenntnis genommen, dass wir einen bescheidenen Betrag von rund CHF 20'000 ausgegeben haben für den Bereich Industrie, Gewerbe und Handel. Dieser Betrag dient unter anderem für die Ansiedlung von Firmen und deren Beratung bei der Standortsuche. Vor zwei Wochen habe ich mich dann entschieden, diesen Service einmal selber zu beanspruchen. Dies einerseits aus Neugier, aber auch mit einer konkreten Anfrage, da ich persönlich auf der Suche nach einer neuen Halle oder einem Grundstück von rund 3000 Quadratmetern bin. Gesagt getan rief ich die Hauptnummer der Stadt an. Im Stadthaus wusste man erstinstanzlich nicht genau, zu wem man mich schicken soll. Nach einer Stunde wurde ich von Herrn Jacot angerufen, welcher mich auf Anfrage auch sofort spontan in seinem Büro empfing. Vorbereitet zückte er eine Liste von diversen Objekten, aber keines grösser als 500 Quadratmeter. Auf Nachfrage kamen dann drei Objekte beim WerkZwei und eines beim Scheidweg zum Vorschein. Einerseits das Heizwerk mit einem Quadratmeterpreis vom CHF 500 mit einem fraglichen Baugrund, das zweite die Zalando-Verpackungshalle oder Entpackungshalle ohne Informationen über den Vertrag, dann die Parzelle vis-a-vis vom geplanten Hochhaus in Steinach, ebenfalls CHF 500 pro Quadratmeter und zuletzt noch die Scheidwegparzelle, alle Plätze zwischen 3000 und 7000 Quadratmetern. Inzwischen habe ich herausgefunden, dass die Nr. 3, also die Parzelle vis-a-vis Steinacher Hochhaus sowie auch Scheidweg einem Steinacher Unternehmer verkauft wurden. Die Scheidwegparzelle inzwischen wieder weiterverkauft an eine Firma, die dort eine Autowaschanlage realisieren will, denn auf Industrieland kann ich 24 Stunden Auto waschen.

Fakt ist also, dass Arbon auf offiziellem Weg einem Unternehmer keine Möglichkeit bieten kann, sich anzusiedeln. Meine Pflicht als gewählter Parlamentarier ist ganz klar, Sie auf diesen Umstand hinzuweisen. Arbon ist als hochgelobte Industriestadt alles andere als attraktiv. Wir haben kein Industrieland mehr, welches sofort zur Verfügung steht. Wir haben eine durchschnittliche bis hohe Steuerbelastung und last but not least, unser Einzugsgebiet besteht aus 180° wunderschönem Wasser. Wir brauchen dringend wieder mehr Arbeitsplätze und produzierende Unternehmen in unserer Stadt, wenn wir das Steuergelände aufhalten wollen. Dieses ist auf Seite 23 im Jahresbericht deutlich dargestellt. In einer Wohnung kann ich nun halt einmal keine Maschinen montieren, und wenn ich die Einkommensstruktur in unserer Gemeinde richtig interpretiere, wohnen in Arbon viele Personen, welche nicht im Dienstleistungssektor, sprich Banken oder Versicherungen tätig sind. Wenn wir keine Industriezone mehr haben, benötigen wir auch die Ausgabe dieser CHF 20'000 nicht mehr. Wir von der FDP und der Sprechende werden dranbleiben und hoffentlich bei der Gestaltung des neuen Zonenplans Einfluss nehmen dürfen. Übrigens, und das soll auch einmal gesagt werden, im Stadthaus fühlte ich mich ernst genommen und wurde sehr freundlich und professionell bedient.

Pascal Ackermann, SVP: Ich möchte mich kurzhalten, ich spreche zu Seite 44. Da geht es um das Thema Tagesschulen. Dort wird kurz beschrieben, dass zu erwarten ist, dass die Kosten für die Tagesschulen in Zukunft aufgrund wachsender Nachfrage steigen werden. Ich möchte hier gern vom Stadtrat wissen, ob es hierzu ein wenig genauere Zahlen gibt, vielleicht aufgrund der Anzahl Neuzuzüger oder Einschulungen von Kindern.

Stadtrat Michael Hohermuth, FDP: Wir werden diese Antwort schriftlich nachliefern, da wir die Zahlen noch nicht alle im Detail haben.

Präsident Jakob Auer, FDP/XMV: Es wäre vielleicht sinnvoller gewesen, diese Fragen dem Stadtrat vorab abzugeben, damit die neuen Stadträte sich vorbereiten und dem ganzen Parlament eine Antwort geben können.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich spreche zu Seite 46 und FGK gemäss deren Bericht Seite 7. Ich habe weder Sie, sehr geehrter Herr Parlamentspräsident, noch euch, liebe Kolleginnen und Kollegen Parlamentarier angesprochen noch die Stimmberechtigten Parlamentsbesucher. Das Geschäft, wozu ich spreche, ist nämlich derzeit noch einzig Gegenstand von Absichten des Stadtrats, und zwar des alten Stadtrats. Weder wir Parlamentarier noch die Stimmberechtigten sind davon betroffen. Und dennoch, die Vorgänge im Amt des Stadtrats haben schon einmal die Umsiedlung und Konzentration der Sozialen Dienste studiert, nämlich den Umzug ins Zick. Schon damals habe ich mich gegen diese Absichten gestemmt, nun hat der alte Stadtrat offenbar einem Architekturbüro einen neuen Studienauftrag gegeben, der eine Umsiedlung der Sozialen Dienste in den Hamel vorsieht. Prima Vista überzeugt die Idee. Es ist grossartig, statt einen Teil der Sozialen Dienste im Stadthaus, nämlich das Sozialversicherungsamt und die Berufsbeistandschaft in der alten Arztpraxis an der Bahnhofstrasse plus den Rest der Sozialen Dienste im Amtshaus Schwalbe, alle Dienste im Hamel, wo eine optimale Verkehrsanbindung plus Parkplätze gegeben sind, zu vereinen. Damit könnte man Platz im Stadthaus-Parterre schaffen und das Haus an der Bahnhofstrasse versilbern. Weiter hätte es Platz im Hamel, falls soziale Dienste weiter regionalisiert werden sollten und die Region mit anderen Gemeinden in Arbon diesbezüglich konzentriert würde. Soweit so gut. Klingt alles überzeugend und wäre auch finanziell für die Stadt attraktiv und effizient, nämlich nur noch ein Standort für die Sozialen Dienste, alles unter einem Dach und Fach.

Allein die Stadt handelt damit völlig gegen die Interessen der Altstadt. Dass sich unser Stadthaus in der Altstadt und auch die Sozialen Dienste im Amtshaus Schwalbe befinden und auch der Kanton Grundbuchamt, Notariat und Gerichtspräsidium hier angesiedelt hat, ist ein grosses Plus für unsere Altstadt. Der entsprechende Publikumsverkehr belebt die Altstadt wie etwa auch das Ärztezentrum mit einer gern gesehenen Kundschaft plus vielen qualifizierten Leuten, die in diesen Verwaltungseinheiten des Kantons und der Stadt arbeiten, gelegentlich etwas einkaufen und in den Altstadtgastwirtschaften regelmässige Frequenzen bringen. Ja, mag sein, dass man sich in der Altstadt betreffend Parkplätze eher Gedanken machen muss und leider auch keine Busverbindung mehr unmittelbar bis vor die Türen dieser Altstadt Häuser besteht. Mag auch sein, dass Altstadt Häuser zwar Cachet haben und von Touristen aussen ab fotografiert und bewundert werden. Effizienter und einfacher einzurichten, namentlich auch behindertengerecht, sind nun aber Industriebauten wie der Hamel eher, die innen völlig umgestaltet worden sind. Genau solche Überlegungen machen sich auch Private. Genau diese Nachteile sind es, die die Altstadt entvölkern und sterben lassen. Und genau die gleichen eigennützigen Überlegungen macht jetzt die Stadt auch. Sie, die von jedem Privaten mit Eifer und Enthusiasmus verlangt, dass man doch ein Geschäft, ein Büro in der Altstadt eröffnen soll, sucht sich selber Büroraum im bequemeren Umfeld des ehemaligen WerkZwei und beim Bahnhof. Diese Absichten sind meines Erachtens eine noch viel tödlichere Lanze gegen die Altstadt Arbon, als dass die Stimmberechtigten die CHF 2 Mio. für den Lebensraum Altstadt abgelehnt haben. Ich bitte den neuen Stadtrat dringend, diese Überlegungen ebenfalls gehörig zu gewichten. Meines Erachtens heisst Gewichten in diesem Fall ganz einfach auf eine Ausgliederung der sozialen Dienste, namentlich aus dem Haus Schwalbe zu verzichten.

Betroffen von einem Auszug der Sozialen Dienste aus der Schwalbe wäre insbesondere auch die Bürgergemeinde. Sie hat die beiden Saurer Direktionshäuser „Zur Straussfeder“ und „Zur Schwalbe“ vor dem Zerfall bzw. der Spekulation vor Jahren gerettet und auf Wunsch der Stadt als Amtshäuser mit öffentlicher Bibliothek umgestaltet. Namentlich für die Sozialen Dienste der Stadt hat die Bürgergemeinde auch bauliche Investitionen im Betrag von mehreren Hunderttausend Franken zum Nachhinein gemacht, so etwa für bauliche Sicherheitsvorkehrungen. Zieht die Stadt mit ihren Sozialen Diensten aus, ist die Bürgergemeinde in der Bredouille. Wer soll Nachmieter werden? Kaum jemand. Die Räume sind als Amtshäuser ausgestattet. Weiter kann und will die Bürgergemeinde dem Notariat und dem Grundbuchamt nicht jeden Mitmieter zumuten. Kommt dazu, dass es sich bei der Bürgergemeinde Arbon nicht um irgendeine private Institution handelt, sondern genau wie bei der Stadt selber oder den Schulgemeinden um eine öffentliche Körperschaft. Mit ihr springt aber die Stadt Arbon im Moment um, als wäre diese Gemeinde irgendeine Drittperson. Dies obschon die Bürgergemeinde ständig in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden auf dem Platz Arbon die Zusammenarbeit gesucht hat. Ich erwähne Stacherholz Sportplatz und auch das Baugelände für die Stacherholz Schulhäuser seinerzeit, das Bauamt, den Campingplatz, Naturschutzgebiet Seemoosriet und das uneigennützig Halten und Unterhalten mehrerer Altstadtliegenschaften. Das Vorgehen betreffend Prüfung der Aussiedlung der Sozialen Dienste in den Hamel wurde ohne Rücksprache mit der Bürgergemeinde eingeleitet. Ebenso hat meine Anfrage beim Kanton ergeben, dass er zumindest derzeit keinen zusätzlichen Raumbedarf hat. Die von der Stadt freizugebenden Flächen können also nicht von kantonalen Ämtern übernommen werden. Will man konzentrieren, lässt die Bürgergemeinde durchblicken, dass im Amtshaus Schwalbe nach wie vor eine geräumige Fünzimmerwohnung zur Disposition stünde, wo derzeit der Leiter der Arboner Bürgerheime mit seiner Familie wohnt. Zudem verfügen beide Amtshäuser über äusserst geräumige ungenutzte Dachstöcke, die möglicherweise genutzt werden könnten. Über all dies könnte mit der Bürgergemeinde diskutiert werden. Und das soll meines Erachtens mit ihr besprochen werden, bevor ausgesiedelt und mit der Liegenschaft Bahnhofstrasse Kasse gemacht werden soll. Ich bitte Sie, die Idee ausbluten lassen der Altstadt Arbon zugunsten von mehr Effizienz mit entsprechender Zurückhaltung zu prüfen und kündige gegebenenfalls entsprechenden politischen Widerstand an. Wer soll noch in der Altstadt bleiben respektive in die Altstadt kommen, wenn die Stadt selber auszieht?

Rückkommen

Kein Rückkommen.

Abstimmung

Der Jahresbericht 2018 wird einstimmig genehmigt.

Jahresrechnung 2018 ab Seite 60

Präsident Jakob Auer: In der laufenden Rechnung werde ich die funktionalen Hauptbereiche nennen. Es können Fragen und Anträge dazu gestellt werden. Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, die Seitenzahl, die Kontogruppe und das Konto zu nennen.

Pascal Ackermann, SVP: Hier geht es um die Verarbeitung des Münzgelds, das durch die Stadt neu durch die Firma Loomis AG durchgeführt wird. Hier sehe ich eine Budgetüberschreitung von ungefähr 100 %. Es ist zwar von der Menge her nicht ein sehr grosser Betrag, jedoch würde es mich wundernehmen, warum hier von der Bank zur Firma Loomis gewechselt wurde und was der allfällige Mehrwert daraus ist.

Stadtrat Luzi Schmid, CVP: Es sind zwei Konten, die wir in diesem Zusammenhang anschauen müssen. Auf Seite 87 Konto 3130 mit CHF 6'000 Ausgaben, dann 4240.01, da geht es um die Einnahmen aus diesen Parkuhren von rund CHF 440'000. Wie ich informiert bin, wurde für die Bank der Aufwand für die Verwaltung dieser Parkuhrengelder zu gross, daher musste man wechseln. Es handelt sich um einen Vertrag aus 2017 oder 2018. Diesen Betrag muss man der Loomis bezahlen. Jede Ausgabe, und wenn sie noch so klein ist, muss man überprüfen. Diesen Grundsatz hat der Stadtrat sich auferlegt. Daher werde ich bei der Budgetierung diesen Betrag speziell kontrollieren. Im Moment scheint mir die Ausgabe verhältnismässig. Wir gehen von 22 Parkuhren aus, die je nach Frequentierung täglich oder wöchentlich geleert werden müssen. Hierfür gibt es Sicherheitsvorschriften. Man muss die Boxen auswechseln, die müssen dann gesichert aufbewahrt werden. Es gibt Abrechnungen über den Bancomaten, zum Teil kann man das heute schon via Software aus dem Büro heraus kontrollieren, zum Teil bei den digitalen Anzeigen weiss man genau, was einbezahlt worden ist. Das Ganze generiert also einen gewissen Aufwand. 10 % wird von der Stadtverwaltung für diesen Auftrag bereitgestellt. Ich möchte aus Sicherheitsgründen keine Namen nennen, denn es geht um sehr viel Geld. Das wird von der Stadtverwaltung sichergestellt.

Noch eine Zahl zu diesen CHF 400'000, vielleicht für die Zukunft und auch fürs Budgetieren: Etwa CHF 30'000 bis CHF 50'000 werden bereits bargeldlos über Twint oder Apps bezahlt. Ich habe gehört, Tendenz steigend. Bei der nächsten Budgetierung wird der Stadtrat diesen Betrag sicher anschauen und kontrollieren, was für Verträge im Hintergrund sind.

Abstimmung

Die Jahresrechnung 2018, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung wird einstimmig genehmigt.

Der Antrag des Stadtrats, den Ertragsüberschuss von CHF 4'635'571.06 dem Eigenkapital gutzuschreiben, wird einstimmig genehmigt.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon unterstehen diese Beschlüsse dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. 9 Mitglieder des Parlaments können das Behördenreferendum ergreifen. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse rechts-gültig. Ich frage Sie an, ob jemand das Behördenreferendum ergreifen möchte. – Das ist nicht der Fall. Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum. Dieses beginnt voraussichtlich nächsten Freitag mit der Publika-ti-

on. Ich bedanke mich beim Präsidenten der FGK Lukas Graf und allen Kommissionsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit.

5. Interpellation "Behindertengleichstellung im öffentlichen Raum" von Jakob Auer, SP/Grüne

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Die Interpellation "Behindertengleichstellung im öffentlichen Raum" wurde von mir am 6. März 2019 eingereicht im Unwissen, dass die Beantwortung der Interpellation in meine Amtsdauer als Präsident fallen wird. Da gemäss Art. 3 Abs. 1 des Geschäftsreglements der Präsident die Verhandlung führt, ohne selber in den materiellen Teil einzugreifen, ist es mir nicht möglich, für dieses Traktandum das Präsidium zu führen und gleichzeitig die Rolle des Interpellanten innezuhaben. Aus diesem Grund übergebe ich für das Traktandum 5 die Verhandlungsführung meinem Vizepräsidenten Lukas Auer. Dieser übernimmt gemäss Art. 4 Abs. 1 die Aufgaben des Präsidiums.

Vizepräsident Lukas Auer, CVP/EVP: Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Jakob Auer, SP/Grüne: Zuerst möchte ich mich für die ausführliche Antwort zu meiner Interpellation bedanken. Mit meiner Interpellation wollte ich den aktuellen Stand in Arbon mit der Umsetzung des Bundesgesetzes von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen anschauen. Im Klartext: Wie weit ist Arbon mit der Umsetzung behindertengerechter Anlagen und Bauten, welche am 31. Dezember 2023 fertig umgesetzt sein müssen? In der Antwort des Stadtrats auf die Interpellation zur Frage 2 ist die Antwort nicht vollständig. Die entsprechende Sitzung mit dem Kanton wurde erst am 23. April festgelegt, die Beantwortung erfolgte bereits vorher. Mittlerweile liegt mir auch diese Antwort vor. Sie lautet: "Von 14 Projekten, die vom Kanton geplant sind, werden 11 bis zum Zeitpunkt 31. Dezember 2023 umgesetzt. Von den restlichen 3 Haltestellen sind 2 im Jahr 2025 geplant, es sind Steinelohe Rotbuch und Steinelohe Sternen. Diese haben vonseiten des Kantons von niedrigen Frequenzen die Priorität 3 erhalten. Die letzte Haltestelle Stachenmuseum MoMö im Jahr 2037. Hier entsteht laut Kanton ein separates Projekt." Obwohl die gesetzliche Frist nicht konsequent eingehalten wird, bin ich mit dieser Antwort zufrieden. In diesem Sinn und mit einem wachsamen Auge verzichte ich auf eine Diskussion.

Vizepräsident Lukas Auer, CVP/EVP: Da der Interpellant keine Diskussion wünscht, stelle ich fest, dass die Interpellation ohne Diskussion als beantwortet gilt. Ich übergebe die Leitung zurück an Parlamentspräsident Jakob Auer.

6. Fragerunde

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Gemäss Art. 46 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt. Der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Bill Mistura, SVP: Es geht um Detailinformationen zum Entscheid der Catering-Betriebsvergabe für das Strandbad Arbon. Die Stadt Arbon muss weiterhin Kosten reduzieren und zusätzliche Einnahmen generieren, um die Verschuldung weiter zu reduzieren. Trotz der positiven Jahresrechnung 2018 muss an diesen beiden Aufträgen konsequent, intensiv und nachhaltig gearbeitet werden. Gemäss den Mitteilungen aus dem Stadtrat hat der alte Stadtrat am 27. Mai 2019 nebst anderen Geschäften was folgt beschlossen: Den Vertrag mit der Robert Mutzner AG über den Betrieb des Restaurants Strandbad bis Ende 2029 zu verlängern. Es ist eher unüblich, dass ein Catering-Betriebsvertrag ohne grössere Investitionen mit einer Laufzeit von über 10 Jahren abgeschlossen wird. Es wäre im Übrigen auch in diesem Projekt nur anständig gewesen, die erarbeiteten Grundlagen dem neuen Stadtrat zu übergeben, damit dieser den definitiven Entscheid hätte fällen können. Es stellen sich für mich daher die folgenden drei Fragen:

1. Wie viele Anbieter wurden angeschrieben und wie viele Offerten sind eingegangen?
2. Zu welchen Konditionen wurde der Vertrag im Vergleich zu den bisherigen Konditionen um 10 Jahre verlängert?
3. Welcher Cash-Betrag soll gemäss Budgetplan zukünftig pro Jahr generiert werden?

Stadtrat Jörg Zimmermann, XMV: Die Robert Mutzner AG ist seit 1. Januar 2016 Mieterin des Restaurants Strandbad. Im März 2017 wurde die Option auf die vorzeitige Vertragsverlängerung bis 2021 ausgelöst. Für die vorzeitige Vertragsverlängerung bis 2029 wurden keine weiteren Betriebe angeschrieben, da der Vertrag mit der Robert Mutzner AG ohnehin bis 2021 läuft. Der alte Stadtrat hat sich für diese Variante entschieden, da die Stadt mit der Robert Mutzner AG ein erfahrenes und innovatives Gastronomieunternehmen als Partner hat. Der langfristige, professionelle Betrieb des Restaurants Strandbad kann so gesichert werden. Ausserdem hat die Robert Mutzner AG ihrerseits bereits CHF 120'000 für Mobiliar, Kücheninfrastruktur und Tabletop investiert.

Die Konditionen bisher waren CHF 80'000 fix bis zu einem Umsatz von CHF 1 Mio., danach 5 % der Umsatzsumme, welche CHF 1 Mio. überschreitet. Vorschlag Abteilung Bau war CHF 90'000 fix bis zu einem Umsatz von CHF 1 Mio., danach 8 % der Umsatzsumme, welche CHF 1 Mio. überschreitet. Entscheid des alten Stadtrats war CHF 80'000 fix bis zu einem Umsatz von CHF 1 Mio., danach 6 % der Umsatzsumme, welche CHF 1 Mio. überschreitet.

Die Umsatzzahlen im Restaurant Strandbad sind nicht zuletzt vom Wetter abhängig. Dementsprechend werden auch die Mieteinnahmen volatil sein. Es wird mit Einnahmen zwischen CHF 80'000 bis CHF 90'000 gerechnet.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Man sieht hier das gute Beispiel. Die Frage wurde vorgängig eingereicht, der Stadtrat konnte sie fundiert beantworten. Ich bitte, dies auch in Zukunft so zu machen und mindestens fünf Tage vorher die Frage im Parlamentsbüro einzureichen.

7. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich darf Sie darüber informieren, dass der Stadtrat nicht nur gestartet ist, sondern nach unserer Auffassung ist er gut gestartet. Die Arbeitsat-

mosphäre ist gut. Die Einarbeitung läuft auf vollen Touren. Wichtig ist für uns die Kollegialität. Der Stadtrat besteht nicht aus fünf Einzelkämpfern, sondern er funktioniert als Gremium und kann nur als Gremium funktionieren. Da haben wir uns wirklich vorgenommen, dass wir gegen aussen auch so auftreten wollen, dass der Stadtrat agiert und kommuniziert und nicht fünf Einzelkämpfer. Ich denke, nur so haben wir letztlich auch die Chance, diese Stadt erfolgreich zu führen.

Gleichfalls ist uns die Zusammenarbeit mit allen relevanten Kräften in dieser Stadt wichtig. Dazu gehören natürlich insbesondere auch die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, aber auch der Dialog mit der Bevölkerung, mit Betonung auf Dialog. Das ist durchaus eine gegenseitige Sache. Im Bereich unserer Möglichkeiten werden wir uns wirklich darum bemühen, dass jedermann und jede Frau sich hier einbringen kann mit guten Ideen, wie man diese Stadt weiterbringen kann.

Ich habe es vorhin angetönt, ein wichtiges Ziel ist jetzt die Erarbeitung der Legislaturziele, des Legislaturprogramms, dem werden wir uns nächstens widmen. Es geht darum, was wir für und mit Arbon in den nächsten vier Jahren erreichen wollen. Die Öffentlichkeit wird natürlich auch sehr interessieren, wie wir uns zu gewissen Planungsvorhaben stellen werden, die noch vom alten Stadtrat aufgegleist oder schon weit vorangetrieben worden sind. Hier ist natürlich der Einarbeitungsaufwand am grössten, aber auch hier ist der Fahrplan soweit klar, und wenn wir uns hier sortiert haben, können wir auch entsprechend kommunizieren. Das komplexeste Vorhaben ist sicher die Ortsplanungsrevision, das wird auf unserer Seite am meisten an Einarbeitungsaufwand nach sich ziehen.

Dann möchte ich Sie noch kurz über die Bundesfeier orientieren. Diese findet am 31. Juli 2019 ab 18.30 Uhr statt. 18:30 Uhr Vorprogramm, 20 Uhr Kirchengeläut, dann geht das offizielle Programm los. Da ist es uns wichtig festzuhalten, dass es sich um die offizielle Bundesfeier der Stadt Arbon handelt, die auch durch die Stadt Arbon ausgerichtet wird. Die SVP Ortspartei wird diese in unserem Namen organisieren, aber es ist die offizielle Bundesfeier der Stadt Arbon, zu der Sie ganz herzlich eingeladen sind. Ebenfalls finden bereits Gespräche statt mit dem Verein 1. August. Es geht darum, wie in den Folgejahren die Bundesfeier organisiert werden soll. Auch da sind wir schon einen Schritt weiter. Das Ziel sowohl für dieses Jahr als auch für die folgenden Jahre ist, dass wir würdige Bundesfeiern hier in Arbon abhalten können und dürfen, an denen Sie alle gern teilnehmen. In diesem Sinn erneuere ich nochmals die Einladung für den 31. Juli hier im Seeparksaal, bei gutem Wetter draussen und sonst hier drin.

Präsident Jakob Auer, SP/Grüne: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Für alle hier im Saal stehen nun unsere wohlverdienten Ferien an. Geniessen Sie die freien Tage an den Orten, die Sie sich gewünscht haben. Aber vergessen Sie nicht, Arbon macht keine Ferien. Eine Liste von Veranstaltungen wartet auf Sie als Besucher oder wie einleitend gesagt als Helfer. Der deutsche Schriftsteller Keller sagte einmal: "Der Sommer macht aus Menschen Träumer." Ich hoffe, die Seestube ist noch offen und wir treffen uns dort zu einem kollegialen Austausch. Wir sehen uns am 17. September wieder. Somit ist die Sitzung beendet.

Ende der Sitzung um 21.05 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Jakob Auer

Nadja Holenstein